

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2,20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Publikationsgesellschaft für die Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau, Sobieskiestrasse Nr. 81059. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 6. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9 Spalten 11 Millimeterzeile über dem Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 0,40 Mk. Retraite: Die 11 Millimeterzeile, 9 Spalten über dem Raum 4 im Text, 3.— im Bild.

Soll Stinnes die Eisenbahn bekommen?

Das Reichseisenbahnfinanzgesetz. — Stinnesmehrheit im Verwaltungsrat.

Noch sind die Nachwehen des Eisenbahnstreiks nicht vorüber, so veröffentlicht das Reichsverkehrsministerium den Entwurf des Reichseisenbahnfinanzgesetzes, durch den die Reichseisenbahn finanziell „verselbstständigt“ werden soll.

Vorausgeschickt sei gleich, daß dieser Gesetzentwurf die bis jetzt abgewehrte Stinnesierung der Eisenbahn, die die Großkapitalisten als Gegenleistung für eine durch greifende finanzielle Hilfe verlangten, auf eine andere Art einschmuggeln soll.

Der grundlegende § 1 lautet wörtlich: „Die im Eigentum des Deutschen Reiches stehenden Eisenbahnen bilden unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn“ ein Sondervermögen des Reichs, dessen Rechte und Verbindlichkeiten von den übrigen Rechten und Verbindlichkeiten des Reiches getrennt zu halten sind.“

Die Deutsche Reichsbahn erhält in Abänderung des Artikels 92 der Reichsverfassung einen eigenen Haushalt und eine eigene Rechnung, die so zu gestalten sind, daß die Finanzlage der Deutschen Reichsbahn jederzeit mit Sicherheit festgestellt werden kann.

Sie bildet ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen. Leistungen der Deutschen Reichsbahn für andere Zweige der Reichsverwaltung und deren Leistungen für die Deutsche Reichsbahn sind nach den im Verkehr mit Dritten üblichen Grundsätzen zu vergüten; Gesetz und Verordnungen des Reichs werden aufgehoben, soweit sie dem entgegenstehen.“

In § 2 wird bestimmt, daß der Reichsverkehrsminister dem Reichstag nur dafür verantwortlich ist, daß

1. die Vorschriften der Reichsverfassung über das Eisenbahnwesen von ihm beachtet werden;
2. daß die deutsche Reichseisenbahn sich in einem betriebsmäßigeren Zustand befindet.

Der geringe Einfluß des Reichstags, insbesondere bei der Regelung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen wird durch diesen Entwurf vollkommen ausgeschaltet. Diese fast vollkommene Ausschaltung des Reichstags kommt insbesondere bei dem in den §§ 3 und 4 behandelten „Verwaltungsrat“ zum Ausdruck.

Der Verwaltungsrat setzt sich nach § 3 des Entwurfs folgendermaßen zusammen:

- 6 Mitglieder des Reichstags,
- 6 Mitglieder des Reichsrats,
- 6 Mitglieder des Reichswirtschaftsrats, die von den genannten Körperschaften bezeichnet werden,
- 6 Vertreter des Personals der Deutschen Reichsbahn, von denen je drei durch den Hauptbeamtenrat und vereinigten Hauptbetriebsräte benannt werden.
- 12 vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichsverkehrsministers einannte hervorragende Sachverständige auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und des Eisenbahnwesens.

Nach einer weiteren Bestimmung des § 3 ist die Tätigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrates eine „ehrenamtliche“. Dies setzt voraus, daß die Mitglieder selbst eigenes Vermögen haben, oder daß die Interessentengruppe, die hinter dem betreffenden steht ihm die nötige finanzielle Unterstützung gewährt. Verwaltungsratsmitglieder aus Arbeitnehmern werden nie ihre ganze Tätigkeit auf diese ihre Arbeit konzentrieren können.

Die Rechte des Reichstags über die Eisenbahnen gehen fast vollständig in die Hände des Verwaltungsrates über. Der § 4 schreibt darüber:

Die Feststellung des Haushalts und die Entanung der Verwaltung bezüglich der Jahresrechnung der Deutschen Reichsbahn, die Genehmigung zur Aufnahme von Anleihen, die Aenderung der Sätze bei ordentlichen Klassen des Personen-, Gepäck-, Güter- und Tiertarifs, die Genehmigung wichtiger Änderungen des Lohnsatzes für Arbeiter und Angestellte und die Vergütung von Gehaltsvorläufen.

Die Zusammensetzung des „Verwaltungsrates“ nach § 3 bedingt nicht nur die völlige Entmachtung der Arbeiter und Beamten, sie bedeutet vor allem die Inbesitznahme der über großen Reichs- oder Verwaltungsbereich durch die Vertreter großkapitalistischer Interessen. Wenn von den 18, durch Reichstag, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat ernannten Mitgliedern 2—3 Arbeitervertreter gewählt werden, haben die

Arbeiter und Beamten von den 24 Sitzen nur 8—9; zumal vorauszu sehen ist, daß der Reichspräsident in seiner uneingeschränkten Liebe zur Demokratie, von seinem Recht, 12 Mitglieder, hervorragende Sachverständige zu ernennen, natürlich nicht Arbeitnehmer bestimmen wird.

Die nach § 4 festgelegten Befugnisse des Verwaltungsrates sind außerordentliche. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Mehrheit des Verwaltungsrates aus Vertretern der vertrusteten, Stinnes untergebenen Großindustrie besteht, dann kann man ermaßen, welchen Gebrauch diese Leute insbesondere bei der Festsetzung der Frachttarife machen werden. Ist doch der größte Teil der Eisenbahnfrachten Kohle und Eisen. Daß diese Tarife dann möglichst niedrig gehalten werden, ergibt sich von selbst. Aber auch die Preise für Kohle, Eisen und rollendes Material werden hier festgelegt. Daß hierbei versucht wird, den Personaltarif besonders zu belasten, vor allem aber durch eine schrankenlose Ausbeutung des Personals, durch Abschaffung jeder „Resolutionserrungenschaft“, so weit sie noch bestehen, eine Balancierung herbeizuführen, ist selbstverständlich.

Daß Stinnes und seine Leute durch ihren Einfluß, den sie in der Neubesetzung oder Einstellung des Verkehrs auf bestimmten Strecken, besonders für sie wichtig erscheinende Wirtschaftszweige zum Schaden anderer bevorzugen werden, ist klar.

Der Haushalt der Reichseisenbahnen zerfällt nach § 7 des Entwurfs in einen

- Betriebshaushalt
- Anleihehaushalt.

Der Betriebshaushalt zählt in § 8 Einnahmen und Ausgaben auf: Zu den Einnahmen gehören die Tarife, Verkauf von Altmaterial, zu den Ausgaben vor allem Löhne, Ruhegehälter, Ausgaben für Betriebsstoffe usw.

Ferner wird gemäß Art. 92 der Reichsverfassung ein Rücklagefonds gebildet. Dieser Rücklagefonds soll die Höhe von 10 Milliarden Mark haben. Er dient zur Deckung von Fehlbeträgen des Betriebshaushalts. Ihm fließen folgende Einnahmen zu:

1. Eine jährliche Rücklage aus dem Betriebshaushalt von 0,8 Prozent der Rohereinnahmen.
2. Die reinen Überschüsse des Betriebshaushalts.
3. Die eigenen Zinsen.

Wenn es ferner in § 13 heißt, daß Tarifermäßigungen dann vorgenommen werden müssen, wenn die genannten Überschüsse insgesamt drei Jahre lang hintereinander 8 Prozent der Rohereinnahmen übersteigen, so bedeutet das praktisch, daß die Tarife nie ermäßigt werden. Daß aber überhaupt mit Überschüssen gerechnet wird, zeigt, was die Beamten und Arbeiter für ihre Löhne und Gehälter zu erwarten haben: Ablehnung aller ihrer Forderungen. Der „launische Geist“ soll in dieser Form die Eisenbahnverwaltung vollkommen beherrschen.

Nach § 23 wird bestimmt, daß bei „plötzlicher und erheblicher Aenderung des Geldwertes“ der Reichsverkehrsminister selbständig befugt ist, Tarifermäßigungen vorzunehmen. Dies bedeutet, daß die Preise auf der Eisenbahn, soweit sie die Tarife für Stinnesprodukte nicht „gefährden“, entsprechend dem sinkenden Marktwert, dauernd steigen. Wenn man weiter in Betracht zieht, daß Tarifermäßigungen nur vorgenommen werden dürfen, wenn der Rücklagefond von 10 Milliarden gebildet und wenn 3 Jahre hintereinander ein Überschuß von über 8% erzielt ist, kann jeder Sterbliche ermaßen, daß an eine Tarifermäßigung nicht zu denken ist.

Eine „Verselbständigung“ der Eisenbahnen bedeutet jedenfalls der Entwurf des Verkehrsministeriums nicht. Nicht nur, daß ein überwiegend von Stinnesleuten besetzter Verwaltungsrat gegenüber den Arbeitern und Angestellten noch reaktionärer ist als der Reichstag oder der Minister Groener, dieser Verwaltungsrat wird dazu beitragen, daß das Eisen- und Kohlenkapital sich festigt und zum Nachteil der Allgemeinheit die Eisenbahn überwiegend in seinem Interesse verwalet.

Nicht etwa ein Schritt zur Sozialisierung bedeutet der Gesetzentwurf mit seiner Hineinnahme von 6 Arbeitern und Angestellten in den Verwaltungsrat, sondern einen großen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur vollständigen Stinnesierung der deutschen Wirtschaft.

Die theoretische Grundlage und die Entwicklungstendenzen der KPD.

Von Peter Maslowski.

Der folgende Artikel gibt im wesentlichen die Ausführungen wieder, die Gen. P. M. auf der letzten allgemeinen Mitgliederversammlung Breslaus bei der Auseinandersetzung über die Parteifreistellungen gemacht hat.

Es ist bezeichnend, daß der Wortsprecher der Breslauer Rechtsopposition, der Jugendgenosse M., an der Märzaktion und zum Teil mit Recht, vieles auszusagen hatte, daß er aber über die heutige politische Lage der Partei, um Zeit künstlich ins Recht zu setzen, nur dies sagen konnte: Die Partei ist jetzt in ihrer Taktik ja leblich geworden und darum sei sie auf dem besten Wege, das Vertrauen der Massen zu gewinnen.

Ganz logisch ergibt sich aus dieser Feststellung, daß also die Genossen der Opposition durch das übertriebene Wählen in alten Bünden ja gerade das Wirken der Partei auf der von ihnen als richtig erkannten politischen Linie immer wieder gefährden oder gar verhindern.

Dies als Zwischenbemerkung. Nun hat der Sprecher der Opposition auch verlangt, daß auf Grund der Zurückentwicklung der Partei auf die alte Levische Politik Levi unbedingt und automatisch wieder in die Partei aufgenommen werden soll.

Und ohne Zweifel, wäre die heutige politische Linie Levis völlig gleich der, die von der KPD erfaßt worden ist, dann sollte Levi der Weg zur KPD offen stehen.

Aber eben, das ist völlig falsch, daß Levi heute auf dem Boden der Partei steht. Er ist selbst gegenüber seinen eigenen Anschauungen unmittelbar nach der Märzaktion völlig nach rechts abgerutscht. Es gibt in Wirklichkeit keine Verbindungslinien mehr zwischen der KPD und einem Levi, der die Partei liquidieren will zugunsten einer sozialrevolutionären Wirtschaftspartei, der heute das nachzählt, was Krüpien vielleicht noch viel schöner in Halle gesagt hat, der nämlich die national selbständige kommunistische Partei verlangt und die Rote Gewerkschaftsinternationale bereits zum alten Eisen geworfen wissen will. Wird schon all dieses von den oppositionellen Genossen zu wenig beachtet, so scheint man sich völlig im Unklaren zu sein, welche Tendenzen in der von Levi verfochtenen Theorie der Erholung der Produktivkräfte schlummern.

Marx und Engels haben bekanntlich im Jahre 1851, nachdem die Wirtschaftskrise von 1848, die die Revolution in Fluß gebracht hat, abgeklaut war, erklärt, daß eine neue revolutionäre Bewegung nur möglich sei im Verlaufe einer neuen wirtschaftlichen Krise. Levi scheint den Ehrgeiz zu besitzen, mit Erfolg in die Fußstapfen der Altmeister des Kommunismus zu treten. Noch hat er zwar die Revolution nicht offen genug auf unabsehbare Zeit auf Urlaub geschickt, aber seine heutigen Ansichten haben zweifellos die Logik und die Schwerkraft der Rückwärtsentwicklung für sich, das heißt sie werden Levi noch weiter nach rechts drängen müssen. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß er landet bei dem verfallenen Revisionismus der neunziger Jahre, den sich der Kommunismus durch Rosa Luxemburgs glänzende Beweisführung („Sozialreform oder Revolution“, 1898) bereits an den Schuljohlen abgelaufen hat.

Warum darf man nicht einmal den Gedanken erwägen, die heutige Situation mit der von 1851 zu vergleichen? Ganz einfach deshalb, weil die 48er Revolution eine bürgerliche war, die nicht zum wenigsten auch den Zweck hatte, erst einmal die kapitalistischen Produktivkräfte völlig zu entfesseln, während wir heute in einer Situation uns befinden, wo der Kommunismus völlig historisch der alleinige Nachfolger eines zum Sturz reifen Systems werden kann.

Also die Rolle der Marx und Engels vom Jahre 1851 wird heute Levi schwerlich spielen können. Und wenn man sich seine Theorie von heute anschaut, dann merkt man ihr deutlich an, daß sie an einem inneren Zwiespalt leidet, der ganz folgerichtig entweder den Begründer der Theorie zur völligen Preisgabe seiner Ansicht zwingen oder ihn zum Revisionismus treiben wird.

Uns scheint: das Letzte wird der Fall sein! Levi ehrt und meint, die KPD sei auf eine solche Politik eingestellt, die unbedingt den weitergehenden Zerfall des Kapitalismus, seinen nahen Zusammenbruch zur Voraussetzung habe.

Zunächst sei festgestellt, daß die Festlegung der Partei und der gesamten 3. Internationale auf eine unbedingte Zusammenbruchstheorie garnicht vorhanden ist. Kein ge-

Politische Übersicht.

Die spanischen Revolutionäre sollen ausgeliefert werden.

Wie die „Kole Fahne“ mitteilt, soll der seit Monate verhaftete spanische Genosse Andreas Nin, Mitglied Vizepräsident der Roten Gewerkschaftsinternationale, nicht an spanische Justiz ausgeliefert werden.

Luis Nicolau Fort und seine Frau dagegen sollen in Deutschland ausgeliefert werden. Geschieht dies, so erwartet in Spanien der sichere Tod. Das deutsche Proletariat aber unter keinen Umständen dulden, daß ihr guter Name in der ganzen Welt durch diese Schande besudelt wird. Hunderttausende verfolgte spanische Klassenbrüder blicken Deutschland an.

Die Konferenz in Cannes.

Frankreich im Vorzug bei Reparationszahlungen, — Privatisierung der Reichsbetriebe. — England den Rußland aus.

Noch ist die Konferenz in Cannes, auf der die Beziehungen zwischen Frankreich, Belgien und England in bezug auf die deutschen Reparationen und die Einbeziehung Sowjet-Rußlands in die Weltwirtschaft erörtert und festgelegt werden sollen, nicht vorüber, so plant man schon wieder eine neue Wirtschaftskonferenz in Kopenhagen.

Rathenau, der Vertreter der deutschen Bourgeoisie soll nach Cannes reisen, um gegenüber dem Verlangen Frankreichs, die abgeänderten Zahlungsstermine einzuhalten, einen Zahlungsausschub zu erreichen. Als Vorbedingung für die regelmäßige Zahlung von jährlich 1 1/2 Milliarden Goldmark in Waren, verlangt Rathenau ein internationales Konsortium und die gleichberechtigte Einbeziehung Deutschlands bei der Ausbeutung Rußlands.

Für England bedeutet die deutsche Reparationsleistung nicht so wie für Frankreich die unbedingte Voraussetzung zur Fortführung seiner Wirtschaft. Das Drängen der Engländer unter Lloyd George mit Rußland sobald als möglich zusammenzukommen, steht ihnen über allem. Die Arbeitslosenfrage in England kann nicht in erster Linie behoben werden durch die Beseitigung der deutschen Schleuderfaktoren, sondern durch die Einbeziehung Sowjet-Rußlands in den Weltmarkt.

Frankreich hingegen stellt sich auf den Standpunkt, daß für sie die „Wiederaufrichtung“ und damit die Anerkennung Rußlands erst in Frage komme, wenn die Reparationsfrage mit Deutschland zu seiner Zufriedenheit gelöst ist.

Frankreich spielt also einen Trumpf aus, in der wohl berechneten Absicht, England zum vorläufigen Verzicht auf den deutschen Reparationen zu veranlassen. Da für die Engländer das russische Ausbeutungsproblem mehr Gewinn verspricht, die Franzosen aber unumittelbar an der Erfüllung der deutschen Forderungen festhalten zu müssen glauben, wird man in Cannes einen Kuhhandel abschließen, der den Ausbeutekapitalisten genehm ist.

Daß die Feste bei dem Geschäft, das den französischen Imperialisten in Deutschland die Vorhand läßt, das deutsche Proletariat zu tragen hat, liegt auf der Hand. Werden doch schon Bedingungen gestellt, die Deutschland bei irgendwelchen Zugeständnissen seitens der Entente zu erfüllen hat. Es wird verlangt:

- 1. Umänderung des Reichsbankstatuts nach Art der Verfassung der Bank von Frankreich und der Bank von England. Ergänzung des Aufsichtsrates durch einen Vertreter, der von der Reparationskommission bezeugt wird, aber der Befähigung durch die deutsche Regierung bedarf.
- 2. Verpflichtung Deutschlands zur Ordnung seines Budgets durch innere Anleihen.
- 3. Aufheben jeder Unterstützungspolitik, aller Subventionen und außerordentlichen Abgaben. Die Budgets der öffentlichen Arbeiten sollen nicht mehr Belastungen, sondern Einnahmequellen für das Reich bedeuten.

ringerer als Trojki hat bereits auf dem Weltkongreß im Sommer 1921 die bekannte „weite Sicht“ genommen.

Theoretisch liegen die Dinge doch so: Der Kapitalismus lebt förmlich von dem Wechsel zwischen Krise und Prosperität, der fast in regelmäßiger Reihenfolge alle 8 bis 11 Jahre bis heute eingetreten ist. Und es gibt keine absolute Ausweglosigkeit der kapitalistischen Krisen, wenn nicht das Proletariat aus einer Krise die Massennotwendige Folgerung zieht, d. h. dem Kapitalismus in seinem schwächsten Moment den Todesstoß verleiht.

Überlegt man sich Levys Theorie unter Berücksichtigung des eben Gesagten einmal gründlicher, dann erkennt man, daß es bei der Streitfrage sich nicht bloß um das Tempo der revolutionären Entwicklung, wie viele Genossen der Opposition meinen, handelt, sondern daß Levi bereits den Punkt überschritten hat, wo ein Richtungsstreit, d. h. eine Auseinandersetzung über den Entwicklungsgang des Kapitalismus überhaupt, unvermeidlich geworden ist.

Levi ist auf dem besten Wege, die wachsende Anarchie des Kapitalismus (es ist bei dieser durchaus möglich, daß zeitweise die Kurve der Entwicklung aufwärts führt, aber als Ganzes gesehen erfolgt ein Abstieg) überhaupt abzuleugnen. Wobei denn allerdings als Hauptentwicklungstendenzen des Kapitalismus nur übrig bleiben: 1. die fortschreitende Verelendung der Wirtschaft, in der man die Basis der Bergesellschaft sehen möge, 2. die Organisation und Klassenerkenntnis des Proletariats.

Das eigene muß allerdings in der Konsequenz zu der typischen U.S.B.-Einstellung führen, den Wiederaufbau des Kapitalismus unter Ablehnung revolutionärer Aktionen auch in der praktischen Politik zu begünstigen. Das zweite weist allerdings klar auf die „große sozialrevolutionäre Partei“ hin. Und beides zusammen führt in allerletzter Linie dann glänzend zu dem bekannten, Gemeinwachsen in den Sozialismus“ Bernsteins. Und das macht dann das Umschlagen einer Wirtschaftskrise in eine revolutionäre Massenaktion dank der Unerträglichkeit der sozialen Gegensätze, den gewalttätigen Umsturz in einer bestimmten Situation, völlig überflüssig.

Was nun die Theorie Levys von der Erholung der Produktivkräfte selbst anbetrifft, so ist das Auffälligste an der Sache das, daß er lediglich behauptet, nur in Deutschland gehe eine rasche Entwicklung der Produktivkräfte vor sich, während in den sogenannten Siegerstaaten ein Zerfall stattfindet. Ganz abgesehen davon, daß man mit Recht in diesem Falle behaupten könnte, erholt sich der Kapitalismus in dem wirtschaftlichen Schwächen Deutschlands, dann muß er erst recht in den wirtschaftlich stärkeren Entente-Ländern die Möglichkeit zu einem Wiederaufbau für die Dauer haben — es ist kaum glaublich, wie wenig Levi alle diejenigen Tendenzen bei seiner Theorie mitzureden läßt, die doch ein ganz gewichtiges Wortchen mitzureden hätten. Wo bleibt die Berücksichtigung der Inflation, wo die der Distribution bei Levi Reden und Aufträgen? Weber werdet er die Entwicklung des Kapitalismus genügend international, noch kümmert er sich viel um das schwierige Problem des angehenden Zwiespals zwischen der Produktion und der Möglichkeit des Konsums, noch bleibt er mit genügend scharfem Blick als Marxist, der aus Vergangenheit lernt, um die weite Entwicklung zu begreifen, in die Zukunft.

Es ist doch wohl eine Unzweifelnde Wahrheit, daß die Konjunktur, die in den Sommermonaten des Jahres 1921 einsetzte, nachdem die erste Hälfte dieses Jahres Abjaststockungen, Betriebseinsparungen, Spararbeit und Arbeitslose gebracht hatte, eine Scheinkonjunktur ist, die völlig wirtschaftlich negativ gerichtete Vorbedingungen hat: Sturz der Mark, ungeheure Teuerung, Ausverkauf. So wenig ruht doch diese Prosperität auf einer gesunden Basis, daß ein Sturz des Marktes genügt, um eivil Tausende von Arbeitern aufs Straßensplaster zu werfen, um die ganze Geschichte wie eine Seifenblase zum Zerplatzen zu bringen. Eine Konjunktur, die in den Sommermonaten des Jahres 1921 einsetzte, nachdem die erste Hälfte dieses Jahres Abjaststockungen, Betriebseinsparungen, Spararbeit und Arbeitslose gebracht hatte, eine Scheinkonjunktur ist, die völlig wirtschaftlich negativ gerichtete Vorbedingungen hat: Sturz der Mark, ungeheure Teuerung, Ausverkauf. So wenig ruht doch diese Prosperität auf einer gesunden Basis, daß ein Sturz des Marktes genügt, um eivil Tausende von Arbeitern aufs Straßensplaster zu werfen, um die ganze Geschichte wie eine Seifenblase zum Zerplatzen zu bringen. Eine Konjunktur,

die sich vorwiegend stützt auf den Auslandsexport infolge der Valutaverhältnisse, die sich weiter stützt auf die Weltkulturlaute des deutschen Proletariats auf Grund unerbittlich niedriger Löhne, eine solche Konjunktur scheint doch wohl von vornherein den Todeskeim in sich selbst zu tragen. Und wenn nicht alles trägt, wird es B vi so ergeben, wie es einem Bernstein erging, der, kaum daß er seine Theorie von der schnellen Vermehrung der Besitzenden aufgestellt und den hohen Traum von dem friedlichen, völlig ungestörten Einmischen in den Sozialismus zu träumen begonnen hatte, jäh emvorgeschredt wurde durch die Krise vom Jahre 1900, und endgültig in seiner Theorie geschlagen wurde im Jahre 1914. Schon deutet das langsame Anschwellen der Arbeitslosigkeit darauf hin, daß bereits wieder etwas faul ist im Staate Dänemark.

Wenn schon Levi die Erholung der Produktivkräfte predigt, so sollte er doch wenigstens eine sehr wichtige Produktivkraft, nämlich die menschliche Arbeitskraft, voll in Rechnung stellen. Auch diese Produktivkraft muß gehoben werden, wenn man von einer Erholung schlechthin der Produktivkräfte spricht. Das heißt, es müßte gerade eine der wichtigsten Voraussetzungen für die angeblide Erholung, die Kulturlaute des deutschen Proletariats, durch eine ganz bedeutende Lohnerhöhung aufgehoben werden. Nirgends zeigt sich so deutlich der kapitalistische Widerspruch wie hier: die volle Arbeitsleistung, d. h. die Hebung einer wirklichen Produktivkraft könnte erst zustande kommen auf Grund bedeutend erhöhter Löhne. Die Zahlung dieser aber bedroht sofort das einträgliche Exportgeschäft mit dem Tode, ist die entscheidende Offensive gegen die unerhörten Profite von heute.

Kurz alles in allem gefaßt: Levi sieht nur das äußerliche Symptom einer Wirtschaftskrise. Wenn „alle Nerven schmerzen“, dann verurteilt ihm die Frage, um welchen Preis das geschieht, keine Kopfschmerzen. Und gerade diese Fragestellung ist hier entscheidend.

Gewiß hat der Kapitalismus vor allem in Gestalt einer wieder gefertigten Staatsmacht, in Form glänzender Profite sich „erholt“, aber auf wessen Kosten? Der innere wirtschaftliche Verfall hat bis jetzt nur die wirtschaftlich von jeher beherrschten Massen mit der unerhörtesten Grausamkeit getroffen. Es gibt doch wohl einen Punkt, wo dieser Verfall zurückwirkt auf die kapitalistische Produktion selbst, dann nämlich, wenn die Differenz zwischen dieser und dem Massenkonsum nicht mehr auszugleichen ist, wenn die Massen dank ihrer Verelendung als Käufer für die auf den Markt geworfenen Waren kaum noch in Betracht kommen. Auf Kosten der Vertiefung der Kluft zwischen Arbeit und Kapital, auf Kosten eines niederen Lebensniveaus des Proletariats und auf Kosten nicht einer einzigen, sondern eher engeren Produktionsbasis geht die angeblide Erholung des Kapitalismus vor sich.

Das Sprungbrett für die Macht des Kapitals, die ohne Zweifel national wie international im Vordringen begriffen ist, ist trotz äußerlich aberscheinender Symptome der Zerdegang der Volkswirtschaft.

Weil dem so ist, weil der Kapitalismus auf dem Rücken des Proletariats sich zu neuen Höhenflügen aufschwindet, deswegen grade sollten wir in allen liquidatorischen Tendenzen eine große Gefahr sehen und keineswegs revolutionäre Energien künstlich verkrüppeln lassen.

Freilich sind, grade weil die Lage für das Proletariat so verzweifelt ist, alle Aktionen um jeden Preis ebenso gefährlich.

Ein verzweifelter revolutionärer Wille, sich stützend auf jene Aktivität, die in der Frage der Arbeiterregierung, der Massenfassung usw. richtig in den letzten Resolutionen zum Ausdruck kommt, ist das Gebot der Stunde.

Und das ist auch die wirkliche Liquidation der Märzaktionseher.

Es dämmert!

Derunter die Felsen vom moirierten Thron!
Derunter die Götzen von Babylon.
Ob Krone, ob Fetisch, es gilt uns gleich!
Es tagt majestätisch ein neues Reich!

Auf wüstem Grunde, da goldenes Vieh:
Großmohloch der Schande, herab auf's Knie!
Moloch wie Mannum:
Im Blut, im Not!
Ihr Kinder Ammons, es dämmert rot!

Es dämmert, es dämmert, bald wird es Licht,
es hämmert, es hämmert: Das Weltgericht!
Horch! Horch! Das Geläut! Dröhnender Schlag!
Und morgen und heute ist jüngster Tag! STEIN.

Nansen an das Gewissen der Völker.

Die Regierungen müssen einsehen, daß es für die Welt von Überzeugt, daß sie es eines Tages tun werden. Wie ist die Lage? Ist es irgendwas an Ruhung in der Welt?
Nein, augenblicklich gibt es für uns Hunger.
In Ost-England hungern, wie ich sagte, Millionen von Menschen und machen die unbeschreiblichen Szenen durch. Hundert Tausend entsezt in einem Staat, der an England grenzt, gibt es einen
* Aus einer Rede von Fritzof Nansen, gehalten in Genf am 12. November 1921. In demselben Vortragung mit Fassung (Bericht des Chaires General a. d. Hungergeheim über die Hilfsmaßnahmen) ist eine Rede. — Paris 2. 11. — Übersetzung für die Hungerenden. Übersetzungen für Ostpreußen und Grenzgebiete: an Reichs-Verlag, Berlin-Halensee.

so großen Ueberfluß, daß diese Millionen Menschen von ihm leben könnten. Ich kann sagen, daß allein in Rumänien nach der letzten Statistik Getreide für Ausfuhr bereit liegt, das ungefähr 140 000 Tonnas fassen würde, d. h. 1 400 000 Tonnen an Weizen, Gerste, Hafer und Roggen, genügend also, um die verhungerte Bevölkerung zu ernähren — und das allein in Rumänien. Und auf der andern Seite des Meeres, in Amerika, war ein beträchtlicher Reichtum an Nahrungsmitteln, daß die Farmer die Frucht vom vergangenen Jahr noch nicht einmal unterbringen konnten. In Argentinien gab es einen beträchtlichen Ueberfluß an Weizen, daß es als Kohle zum Heizen der Lokomotiven verwandelt wurde. In den Vereinigten Staaten verfaul der Weizen in den Speichern, weil er nicht verkauft werden kann, und in Kanada liegen ungefähr 500 000 Tonnas Weizen zur Ausfuhr bereit, das ist ungefähr dreimal so viel, als wir zur Ernährung der hungerten Bevölkerung brauchen.

Die Völker liegen die Fuge und Schiffe, die wir zum Abtransport dieser Lebensmittel brauchen, leer im Hafen oder auf den Meeren. Nur Geld, eine kleine Summe im Vergleich zu den Staatsausgaben, wird verlangt, um die Nahrungsmittel dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden.

Ist die Welt nicht unfähig?

Man denke sich jemand von einem anderen Planeten sähe auf unserer Planeten herab und sähe, was dort geschieht; sähe, wie das Volk an der Wolke an Verhungern ist, wie es sich zu Hunderten und Tausenden seinen Weg über die gefrorenen Straßen Rußlands sucht, nicht getrieben und oft barfuß, und sähe auf der andern Seite der Welt, ganz in der Nähe, die vielen Nahrungsmittel, mit denen die Bevölkerung nichts anzufangen weiß. Was würde er von uns auf der Erde denken? Würde er nicht fragen, wie kommt es zu dieser Lage?
Für die Hilfe halten? Hat ein Mensch jemals einen Fremden oder ein hilfloses Kind gesehen gegenüberstehen wie ich? Ich bitte um die Hilfe jedes Wohlgeistes bei jeder Konferenz. Ich bitte jeden Mann und jede Frau, gleich ob sie Regierungsmittler, Angehörige oder Arbeiter sind, sich von jeder politischen Einseitigkeit zu befreien. Ich bitte sie im Namen der unsterblichen Seele, nur an die Armen und Kinder im gefrorenen Nahrungsbereich zu denken. Ich bitte sie, wenn sie hier noch handeln können, an ihre Gewerkschaften, Gewerkschaften, an das Parlament und an die Volkswirtschaften zu appellieren, um sie zur Mitarbeit an dem Hilfsdienst für Rußland zu bewegen.

Es ist ein Herz, das getan werden muß, und es ist mehr: es ist ein Welt, das getan werden kann, wenn man es will.

Kunst und Wissenschaft.

Beethoven und Goethe.

Goethe versuchte, Beethoven kennen zu lernen. Er traf ihn in Zeplich im Jahr 1812. Sie konnten beide zu keinem gegenseitigen Verständnis gelangen. Beethoven war ein leidenschaftlicher Bewunderer von Goethes Genies. Er war aber zu unabhängig und selbständig als daß er sich Goethe hätte anpassen können. Er selbst erzählt von einem gemeinsamen Spaziergang, wo er als hoher Republikaner seiner Erzählung dem Geheimen Hofrat des Großherzogs von Weimar, eine Lehre von Menschenwürde erteilte, die ihm Goethe nicht verzeihen hat.

Könige und Fürsten können wohl Professoren machen und Geheimräte, und Titel und Ordensbänder umhängen, aber große Menschen können sie nicht machen, Geister, die über das Weltgeschick herobringen, das müssen sie wohl bleiben lassen zu machen. — Und wenn nun so zwei zusammengelommen, wie ich und der Goethe, dann müssen diese großen Herren merken, was bei unsereinem als groß gelten kann. — Wir begegneten gestern auf dem Heimweg der ganzen kaiserlichen Familie, wir sahen sie vom weitem kommen, und der Goethe machte sich von meinem Arm los, um sich an die Seite zu stellen. Ich mochte sagen, was ich wollte, ich konnte ihn keinen Schritt weiterbringen. Ich drückte meine Hut auf den Kopf und knippte meinen Lieberrod zu und ging mit unterliegenden Armen mitten durch den dichten Haufen. — Fürsten und Schranzen haben Spalier gemacht, der Herzog hat mir den Hut gezogen, die Frau Kaiserin hat gegrüßt zurück. — Die Herrschaften kennen mich — ich sah zu meinem wahren Spaß die Profession an Goethe vorbeibegleiteten, er stand mit abgezogenem Hut tiefgebückt an der Seite, dann habe ich ihm den Kopf gewaschen, ich gab kein Parbon.“

Goethe blieb Beethoven nichts schuldig. Er sagte zu Heller: „Beethoven ist leider eine ganz unabhängige Persönlichkeit, die zwar gar nicht unecht hat, wenn sie die Welt verabschmenen und fusteln, aber sie freilich dadurch weder für sich noch für andere gereicher macht.“ Im Grunde bewunderte Goethe Beethoven, aber er fürchtete die Gewalt seiner Musik: sie demütigte ihn. Biel leicht fürchtete er, beim Hören seine olympische Ruhe zu verlieren, zu der er sich durch soviel Schmerzen emporgearbeitet hatte.

(Aus dem Welt „Beethoven“ von Roman Rolland. Europäischer Bücher. Max Kasper — Verlag, Zürich.)

Die Bedingungen des Absatzes 2 werden, wenn sie zur Durchführung kommen sollen, die deutschen Kapitalisten veranlassen, Garantien zu verlangen. Diese Garantien sieht das Großkapital in der „Privatisierung der Reichsbetriebe“. Durch das an anderer Stelle besprochene Reichsbahnengesetz ist der Weg zur Privatisierung beschritten. Auch der Weg, mit öffentlichen Arbeiten das Reichsbudget nicht mehr zu belasten.

Die deutschen Kapitalisten werden sich etwas fräuben, dann aber unterschreiben, und durch verstärkte Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung, aus der Kriegsgewinnmachern des von ihnen herausgeschworenen Krieges, noch fette Gewinne abschöpfen.

Schlesische Rundschau.

Ein kapitalistisches Riesensprojekt.

Das Presseamt des Breslauer Magistrats sendet uns folgende Zuschrift:

Die kürzlich Pleßsche Verwaltung trägt sich bereits seit geraumer Zeit mit der Absicht, auf dem von ihr erworbenen, etwa 10 Hektar großen Gelände am Großschiffahrtsweg, in der Nähe der Gasanstalt III, eine Kolonie zu errichten, um so den Sockel der bekanntlich für die Hüttenindustrie von großem Werte ist, in denkbar bequemer Weise — auf dem Wasserwege sowohl wie mit der Eisenbahn — abführen zu können. Es handelt sich zunächst um die Aufstellung eines Blocks von 60 Hektar; die Anlage ist jedoch erweiterungsfähig und kann unschwer um zwei weitere Blocks von je 60 Hektar vergrößert werden. Das in der Kolonie gewonnene Gas könnte von der Stadt übernommen werden, soweit es nicht von dem Unternehmer selbst benötigt und vorher einer Reinigung unterzogen wird. Vorausgesetzt ist natürlich, daß es gelingt, über den Preis eine beide Teile befriedigende Vereinbarung zu treffen.

Bei der eingehenderen Durchsicht des Planes hat es sich mehr und mehr als zweckmäßig herausgestellt, die Kolonieranlage näher an die Gasanstalt heranzurücken, als der ursprüngliche Entwurf es vorgesehen hatte. Ja, es hat sich mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Verbindungsstraße Kofenthafer Brücke — Gasanstalt — Niedergasse als notwendig erwiesen, Geländeteile und Gebäude, die zur Gasanstalt und mithin der Stadt gehören, in die Neuanlage mit einzubeziehen, da andernfalls jene Verbindungsstraße mit Gleis Kreuzungen usw. belastet werden müßte. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß die vorhandenen Gleisanlagen einem allgemeinen Umbau unterzogen werden; da die Eisenbahn eine Erweiterung ihrer dort befindlichen Werkstätten plant, hierzu neuer Gleise bedarf und da ferner auch der städtische Hafen ebenfalls dort seine Aufstellungsgleise erhalten soll. Es ist dann auch bereits mit der Eisenbahnverwaltung ein großzügiger neuer Gleisplan vereinbart worden, der u. a. eine Verlängerung der Eisenbahnbrücke über die Trebnitzer Straße vorsieht und all diesen Anforderungen gerecht zu werden vermag.

Die Kosten der Kolonie, einschließlich der Gleisanlage, werden sich für den ersten Ausbau auf schätzungsweise 80 bis 100 000 000 M. belaufen. Wegen Ankauf des etwa 4 Hektar großen städtischen Geländes, das für die Kolonie benötigt wird, hat die Pleßsche Verwaltung bereits Verhandlungen mit dem Magistrat aufgenommen, die indes noch zu keinem Abschluß gelangt sind und über die sich darum zurzeit keine näheren Angaben machen lassen.

Die Stimmführung, die Konzentration des Kapitals schreitet fort, auch in Schlesien. Anstatt zu sozialisieren, anstatt die großen Unternehmungen in den Besitz des Staates oder der Kommunen zu überführen, geschieht das Gegenteil. Der Breslauer Magistrat hat sich in einer Sitzung am Dienstag mit diesem Projekt befaßt und steht dem Plan wohlwollend gegenüber, d. h. die großkapitalistische Kürzlich Pleßsche Verwaltung wird trotz der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit baldigst diesen Plan in die Wirklichkeit umsetzen. Der Großkapitalismus streckt seine Fangarme nach den wichtigsten Unternehmen aus, um die Hand an der Gurgel des Staates zu haben und die wirtschaftliche und die politische Macht restlos zu erlangen und zu behaupten.

Die bankrotte Arbeitsgemeinschaft.

Schlesien, das Dorado der Junker, ist reich gesegnet an Orgeßformationen, die unter den seltsamsten Namen trotz Regierungsverbots lustig weiter geheimbündeln. Diese konterrevolutionären Verbände, die von der Behörden wenig behelligt, von vielen reaktionären Beamten sogar weitgehend gefördert werden, haben immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, mit ihren geistigen Waffen — Handgranaten und Maschinengewehre — dem monarchistischen Gedanken wieder zum Siege zu verhelfen. Da sie viel Geld haben, die Junker behaupten das Boll auf unerschöpfte und können deshalb gut und gern die Orgeßbänden finanzieren, finden sie immer noch Leute, die sich bereitartigen Formationen zur Verfügung stellen. Geht den Führern dieser Bänden einmal das Geld aus, dann ist die Herrlichkeit zu Ende. So geht es jetzt der Arbeitsgemeinschaft Bergerhoff, die in der Gegend Keiße-Graben ihr Unwesen treibt. Diese verkappte Orgeßgesellschaft wurde aus der Schwarzen Schaar — ehemalige Selbstschützer — gebildet und von dem Oberleutnant Bergerhoff geführt. Als der Selbstschutz „aufgelöst“ wurde, als die Oberbefehlshaber genug hatten von den Helmentaten dieser Rabatten, ließen sie sich mit Genehmigung des Landrats im Kreiße Weiße nieder und waren halb eine allgemeine Landplage. Nun ist die Pleite da, die Räuberhorden dieser Gesellschaft sind wohl selbst den junkerlichen Selbstgebern auf die Nerven gefallen, denn sie ziehen ihre sonst so offene Hand den konterrevolutionären Gebilden gegenüber zurück. Niemand wird darüber traurig sein, höchstens die Gläubiger, wie das Hotel Kaiserhof in Keiße, sowie verschiedene Weinstuben, in denen öfters von den Offizieren die tollsten Sektgelage veranstaltet wurden, werden dieser enttäuschten Herrlichkeit eine Träne nachweinen.

Auch die anderen Orgeßbänden wären längst von der Bildfläche verschwunden, wenn ihnen die Geldmittel ausgingen. Weder die Mannschaften, noch die Offiziere gehören aus ideellen Gründen diesen Formationen an, es dreht sich da nur um die Bezahlung. Der Regierung wäre es ein Leichtes, für die endgültige Beseitigung der Arbeitsgemeinschaften zu sorgen, sie bräuhete nur die Geldquellen ermitteln und verstopfen.

Helft den russischen Brüdern!

erschütternder Bericht des Gruppen-Organisators der K.P.D. in der Gemeinde Gerasimowo.

Genosse Soloff (Gouvernement Samara, Kreis Suzulul).

Im Mai, Juni, Juli, August und teilweise im September gab es keinen Regen. Das Gras und Kraut im Gerasimowischen Wiesenlande war ausgetrocknet von den heißen Winden und von der Hitze. Die einzige Hoffnung blieben noch die Obstbäume, welche bei uns so wenig kultiviert werden. Es ist schwer, sich vorzustellen, wie die Bauern sich bemühten, um die Obstgärten vor der Hitze zu schützen trotz Mangel an Flüssigkeit, Leichen oder anderen Wasserquellen, wie sie sie beschützten vor Diebstahl seitens der hungernden Kinder, die sich durch nichts abhalten ließen.

Das Aussehen der Einwohner wurde mit jedem Tage erschreckender; bei manchem schwoll das Gesicht furchbar auf, manche sahen ganz abgemagert aus mit aufgeschwollenen Bäuchen.

So kam die zweite Hälfte September mit der plötzlichen Kälte, wodurch alles Obst und Gemüse vernichtet wurde. Wo es nur Bäume gab, wurden Blätter und Knospen fleißig gesammelt und verzehrt.

Dann kam der Oktober, und es war auf den Feldern nichts mehr an Gras oder anderen Pflanzensorten zu finden. In den Dörfern konnte man immer häufiger Leichen sehen, von Leuten, die Hungers gestorben sind. Der heutige Anblick unserer Gemeinde ist unmöglich zu beschreiben. Man muß hier einige Tage verbleiben, um all das Gräßliche zu erkennen. In jedem Dorfe sind Massengräber angelegt worden, wo die an Hunger gestorbenen täglich hineingeworfen werden. Die Dörfer sehen elend aus und wie ausgestorben. Überall sieht man Häuser, deren Fenster mit Brettern vernagelt sind, die Einwohner haben sie verlassen und sind in die Ferne gewandert, um irgendwo ein Stück Brot zu finden. In der ganzen Gemeinde hört man kein Kinderlachen mehr, kein Lied der Mädchen, kein lautes Gespräch. Überall erblickt man eingefallene Gesichter und statt Reden und Lächeln nur ängstliches Flüstern vom Essen und Tod. Die Haustiere sind schon lange verkauft, verendet oder aufgefressen. Auch die Hunde und Katzen sind aufgefressen. Im November wurde die Lage unserer Gemeinde katastrophal. Es ist in allen Dörfern unserer Gemeinde ein gewöhnliches Bild, daß die Leichen der verstorbenen Kinder in den Höfen und Straßen verfaulen und von den wild gewordenen Hunden gefressen werden, weil für die

Überlebenden es zu schwer ist, alle die Verstorbenen zu begraben. Überhaupt liegen die Verstorbenen in ihren Häusern mehrere Tage, bis die Gemeinde-Sowjet-Revision sie dort auffindet. In der letzten Zeit revidieren die Angehörigen der Dorfsowjets täglich alle die Bauernhöfe in allen Dörfern und beerdigen die Verstorbenen oder errichten Massengräber nach der Anzahl der Familien, die zu Tode verhungert sind.

Man kann mit Gewißheit im voraus sagen, daß kaum 5 Prozent von allen Einwohnern unserer Gemeinde bis zum Frühjahr aushalten werden, 95 Prozent sind dem Hungertode überlassen und müssen unbedingt sterben, wenn in der nächsten Zeit keine Nahrung bereitgestellt sein wird. Die Leute haben noch eine dunkle Hoffnung, erwarten und glauben, daß irgend eine Hilfe kommen wird und daß nicht alle werden sterben müssen. Jeder Aufkommung aus der Stadt oder aus einer anderen Gemeinde wird von Neugierigen umringt, um Nachrichten von einer möglichen Unterstützung zu hören. Es ist zu schwer, die Wahrheit zu sagen und die letzten Hoffnungen der Sterbenden zu vernichten.

Sogar das Gerücht, daß die Sommerernte unter den Bauern verteilt werden, bringt ihnen keine Befriedigung. „Wer wird den Samen in die Erde säen“, jagen die Bauern, „wenn wir gestorben sind? Und wozu dann die Mühe noch.“ Es ist notwendig, uns zu helfen, wenn die Hilfe auch nur eine kleine ist. Gebt uns, wenn auch nur das Geringste, auch dafür werden wir dankbar sein und werden mutig und freudig weiter arbeiten.

Organisator der Gerasimow'er Gemeinde-Gruppe der K. P. D. (russisch): S. Soloff.
Kommissar der außerordentlichen Hilfe:
W. Druzhitsky.

(Ein Siegel.)

3. 12. 21.

Russische Kommunistische Partei,
Gerasimow'sche Gemeinde-Gruppe.

Der Bericht, der fürchterlicher als alles andere bisher veröffentlichte das Elend in den Hungerdistrikten zeigt, wurde dem Auslandskomitee durch die freundliche Vermittlung der K. A. J. - Organisation zugestellt. Wenn nichts anderes, der Schrei muß gehört werden.

Sowjet-Rußland.

Elektrifizierung in Sowjet-Rußland.

Auf dem 9. Allrussischen Sowjetkongress erstattete Krißjanowski einen Bericht über die Elektrifizierung. Was geschah mit dem Projekt der Elektrifizierung? Unser Elektrifizierungsprojekt war nicht ein einfaches Schema eines Reges von elektrischen Kraftstationen, sondern wir machten die Elektrifizierung zur Grundidee unseres gesamten Wirtschaftsplanes. Wir waren bestrebt, Wirtschaftsgebiete zu schaffen, die ein Ganzes bilden, und bemühen uns, einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Enge zu finden, indem wir die alten Wirtschaftsformeln mit den elektrisch betriebenen Wirtschaften zu koordinieren trachteten.

Der 8. Allrussische Kongress der Elektrotechniker unterzog unseren Elektrifizierungsplan einer allseitigen Prüfung. Auf diesem Kongress machte sich die Schwierigkeit der weltwirtschaftlichen Lage im Gange der Arbeit nicht bemerkbar. Im Gegenteil, die Schwierigkeit der Lage spante zu einem noch verstärkteren Kampfe an; ja selbst der Hunger war ein neuer Ansporn für die Techniker und Wissenschaftler. Dieser Kongress machte uns mit einer ganzen Reihe interessanter Projekte der Ausdehnung des Reges unserer elektrischen Kraftstationen und der Anwendung der elektrischen Kraft für die Bedürfnisse der Landwirtschaft bekannt. Die Entwicklung der Industrie auf der ganzen Welt erfordert eine riesige Menge an Heizmaterial, so daß es notwendig wird, ein Heizmaterialparadies zu denken. Nur die gemeinsame Arbeit der Elektrotechniker und Feuerungsingenieure wird diese Frage zu lösen vermögen. Auf dem Kongress wurde eine ganze Reihe neuer Apparate für Messungen vorgeführt.

Der Bericht des bekannten Gelehrten Ledebinski über die Arbeiten des Kongresses ist gedruckt worden. Ledebinski ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Formen der Technik von den Formen des öffentlichen Lebens bestimmt und diktiert werden und die Einheit der Welt fordern. Wir sagen aber, daß es ohne die proletarische Weltrevolution diese Einheit nicht geben kann. Die Mehrzahl der Delegierten des Kongresses der Elektrotechniker waren Parteiloze. Sie, die sich nur mit Wissenschaft und Technik befaßten, billigten unseren Elektrifizierungsplan und erkannten die Wichtigkeit des Schemas unserer planmäßigen Staatswirtschaft an. Das Dekret über die Elektrifizierung sieht die Schaffung von 30 Elektrostationen mit einer Gesamtleistungsfähigkeit von 1 1/2 Millionen Kilowatt vor. Die Frist der Durchführung der Elektrifizierung ist auf 15 Jahre berechnet, steht aber in Abhängigkeit von der allgemeinen Entwicklung der Volkswirtschaft. Bei Organisierung dieser Stationen sind die lokalen Interessen und Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Noch und noch müssen unsere Eisenbahnen und unser Wassertransportwesen für elektrischen Betrieb eingerichtet werden. Das Volkswirtschaftsamt für Verkehrswege muß unverzüglich mit den Vorbereitungsarbeiten beginnen. Die Schaffung der großen Stationen ist Aufgabe des Staates, da die elektrische Kraft hauptsächlich der Großindustrie dienen soll.

Indem sie dieses Dekret billigen, liefern sie den Beweis, daß wir stetig vorwärts gehen, daß wir dem Siege entgegengehen.

Nach dem Berichte Krißjanowski's über die Elektrifizierung sprach Professor Gorew über den Stand des diesbezüglichen Arbeiten:

Zwanzig der von der Staatsplantommission geplanten Elektrizitätswerke sind bereits im Plane fertig. Für vier Werke ist sämtliches Baumaterial bereits an Ort und Stelle. Sechs Werke sind nur noch mit einem Teil der notwendigen elektrotechnischen Maschinen zu versehen, darunter sind jene von Nijel, Ufa, Samob und Kaschira die größten. Eines davon wird über 90 000 H.P. verfügen und die gesamte Großindustrie Nordrusslands mit elektrischer Energie versorgen. Durch diese Station wird der jährliche Kohlenverbrauch Nordrusslands um 6 000 Tonnagen vermindert. Die Konzentrierung der Elektrizitätswerke gibt eine jährliche Kohlenersparnis von 7 Millionen Rub. Die Kosten der Konzentrierung machen sich in zwei Jahren bezahlt.

Die Elektrifizierungsarbeiten gingen bisher hauptsächlich infolge Metallmangels verhältnismäßig langsam vor. Die Beschaffung der Elektrifizierung auf dem flachen Lande beweist der Berichtsteller, daß in Rußland 45 000 durch Wasserkraft betriebene Mühlen bestehen, die zur Erzeugung von elektrischer

Kraft im Ausmaße von 700 000 H.P. verwendet werden können, was 50 Prozent des Elektrifizierungsprogramms ausmacht.

In Jahre 1920 wurden 24 ländliche Elektrizitätswerke, im ersten Halbjahre 1921 67 Werke errichtet.

Das Dekret zur Elektrifizierung wurde einstimmig angenommen.

Aus der Partei.

Die Ortsgruppe Breslau zur Parteitreife.

Die Ortsgruppe Breslau der K.P.D. befaßte sich in der am 4. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung mit der durch die Opposition heraufbeschworbenen Parteitreife.

Gen. Delfner zeigte in einem längeren Referat, wie diese Parteitreife entstanden ist. Die Opposition behauptet, die Zentrale beschränke die freie Meinungsäußerung, es bestehe weiterhin die Gefahr, daß der linke Flügel, falls es ihm gelänge die Opposition aus der Partei hinauszudrängen, wieder dem Putzismus verfallen.

Die Freilassung der politischen Gefangenen hatte die Arbeiterklasse spontan auf die Beine gebracht und über die Köpfe der Führer hinweg vereint. Die K.P.D. hatte die Führung dieser Bewegung übernommen. Das war eine Gefahr für die K.P.D., sie kam deshalb mit den bekannten Enthaltungen über die Märzaktion, um diese Einheitsfront zu zerlegen. Bei der Arbeiterklasse hatte diese Politikspiegelmethode keinen Erfolg, aber einige führende Genossen wurden verwirrt. Die Ortsgruppe, die Braß-Friesland-Malzhahn, hat sich über alle, bei einer zentralistischen Partei durchaus notwendigen Organisationsmaßnahmen hinweggesetzt, Unterschritten, gemeldet und die Einsetzung eines Untersuchungs-ausschusses gefordert. Die Parteistreitigkeiten verhindern eine Stellungnahme zu den politischen Fragen. Dabei ist das letztere entschieden wichtiger. In Wirklichkeit dreht sich der Kampf der Ortsgruppe gegen die Zentrale der K.P.D. nicht hauptsächlich gegen die „Märzverdreher“, sondern vielmehr um die Politik der K.P.D., um die Politik der Kom. Internationale. Das Ziel der Ortsgruppe ist die Politik der K.P.D. in das Fahrwasser des Reformismus zu führen. Die provozierte Spaltung der K.P.D. ist ein Verbrechen an dem Feld der Weltrevolution, an Sowjet-Rußland. Die politische Linie der K.P.D. wird von der Opposition nicht als falsch bezeichnet, nicht einmal die K.P.D. tut das. Die Politik der K.P.D. ist also richtig, von dem Vorgehen der Parteiposition kann man das nicht sagen. Die Bezirksleitung Schlesiens der K.P.D. stellt sich einmütig hinter die Zentrale und verurteilt aufs schärfste das undisziplinierte und parteischädigende Verhalten der Opposition. Anders stellt sich ein Teil der Bezirksleitung der K.P.D. der auf dem Boden der Opposition steht. Die Arbeiterklasse hat einen schweren Kampf gegen die erstarrte Weltreaktion zu führen, sie muß eine einheitsförmige geschlossene Kampforganisation haben, das ist die K.P.D. Sie darf keine Zersplitterung in ihren Reihen dulden, dazu ist die Situation zu ernst.

Als erster Diskussionsredner tritt Jugendgenosse R. für die K.P.D. und die vier Forderungen der Opposition ein. Letzt sei wieder in die Partei aufzunehmen, da seine politische Einstellung sich als die richtige erwiesen, da sogar Lenin und Trotzki auf dem dritten Weltkongress der 3. Internationale die Politik Lenin's als die richtige anerkannt haben. Die Verfasser des Aufrufes haben sich keines Disziplinbruches schuldig gemacht, die Maßnahmen der Zentrale — Entfernung von Braß-Friesland-Malzhahn von ihren Funktionen — sind entschieden zu verurteilen, die vorgenannten Genossen sind wieder in ihre Funktionen einzusetzen.

Genosse Kaslowski verteidigt die Haltung der Zentrale. (Der Zeitartikel legt er seine Stellungnahme zur Parteitreife ausführend und erschöpfend dar.)

Genosse Donner verurteilt das Hineintragen der Spaltungs-tendenzen einiger Theoretiker. Als einfacher Arbeiter steht er auf dem Standpunkt, daß Letzt unter keinen Umständen wieder in die Partei aufgenommen werden dürfe. Die Zentrale hat nicht gehandelt im Interesse gegen Friesland und Genossen. Die Haltung der Bezirksleitung Schlesiens in dieser Frage ist richtig. Genosse Günther tritt für die Opposition ein.

Genosse Riedel verwirft das Vorgehen der Opposition, die Mehrheit lehnt diese Festschließungsabsichten einer Führerschaft ab. Wenn es Stimmen würde folgende Resolution der Ortsleitung angenommen:

Die am 4. Januar 1922 stattgefundene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Breslau nahm Stellung zu den Vorgängen in der Zentrale der KPD. und kam zu der Überzeugung, daß die Haltung der Genossen Friesland, Braß und Malzahn eine parteischädigende war. Die Zentrale hat in letzter Zeit in allen politischen Fragen richtig gehandelt. Sie ist ständig bemüht gewesen, begangene Fehler auszumergen und die Beschlüsse des dritten Weltkongresses dem proletarischen Kampfs anzuweisen. Mit Heften fest, daß das Vorgehen der Genossen Friesland, Braß und Malzahn auf die sich bildende Einheitsfront des Proletariats zerstörend wirken muß und haben solche Genossen in der Kommunistischen Partei keinen Platz mehr. Die Breslauer Kommunisten sprechen der Zentrale ihr Vertrauen aus.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Abschluß des Eisenbahnerstreiks.

Von einem Eisenbahner wird uns geschrieben: Mit den acht Punkten, die am 31. Dezember von den Organisationsvertretern des OEW, des UEB und der GDE, sowie vom Eisenbahngeneral Groener unterzeichnet wurden, geht der General als Sieger über die Eisenbahner hervor.

Was wurde von den Eisenbahnern gefordert? Grundständige Regelung des Grundgehalts der Beamten und ein Stundenzuschlag von 4,30 M. für Arbeiter mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1921. Was wurde gegeben? Im Punkt 1 wird das Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten an die Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses des Lohnarbeitsvertrages gestellt. Welche ungeheuren Mängel dieses neue Ortsklassenverzeichnis noch hat, wird am besten dadurch bewiesen, daß erst noch der Reichsrat und der Reichstagsausschuß sich bis zum 1. März 1922 mit notwendigen Änderungen befassen muß. So ist also dieses Schwert für die Beamten die „Siegestrophäe“ der Arbeiter.

Zu Punkt 2 werden noch Uebertuerungszuschüsse mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1921 von 1 Mark zugewilligt. Diese Uebertuerungszuschüsse kommen aber nur für einige Orte in Frage. So wird z. B. vom ganzen Direktionsbezirk Berlin nur das Personal im Bereiche der Stadt Berlin selbst davon betroffen, alle übrigen gehen leer aus. In anderen Bezirken ist's nicht besser.

Die Punkte 4 und 5 verheißen, daß weitere Verhandlungen ab 5. Januar d. J. gepflogen werden sollen, um zu einer endgültigen Regelung zu kommen.

Der Punkt 6 besagt kategorisch: Streiktage werden nicht bezahlt. Ziehen also die Eisenbahner von den 624 M., die sie ab 1. Oktober rechnend nun bekommen sollen, ihre Streiktage ab, dann haben sie das Resultat ihres Sieges in der Tasche, jedoch muß dabei berücksichtigt werden, daß ihnen ja auch noch der Reichsminister der Finanzen, Herr Hermes, ebenfalls einige Abzüge für Steuern machen wird. — Es wird nun zwar in diesem Punkt 6 gesagt, daß Maßregelungen nicht stattfinden werden, aber es kommt gleich im nächsten Satz die Einschränkung, daß sich die Verwaltung die Befugnisse von „gewalttätigen Eingriffen“ vorbehält. Die Verwaltungsorgane, also die Dienststellenvorsteher, Amtsvorstände usw. werden den Begriff „gewalttätige Eingriffe“ nach ihrem Ermessen und Empfinden auslegen und die Leidtragenden werden sein die Klassenbewußtesten und Energievollsten und die entsprechend den Anweisungen ihres Verbandes am intensivsten arbeitenden Eisenbahner. Was kann man alles unter den Begriff „gewalttätigen Eingriff“ bei der Eisenbahn fallen lassen? Es würde uns nicht wundern, wenn ein Amtmann das schon als gewalttätigen Eingriff ansieht, wenn ihm ein Mitglied des Betriebsrates die Mitteilung macht, daß kein Rangierer oder Zugeführiger des Lokomotiv-Schuppenpersonals mehr Dienst tut. Es ist bezeichnend, daß in der bürgerlichen Presse schon von unüberantwortlichen Elementen als den Hauptschuldigen gesprochen wird, während das Personal als Opfer dieser Verhältnisse hingestellt wird.

Die Organisationen werden, wenn auch nicht in dem Umfang, wie einst beim Minister Dejer, jetzt bei dem General Groener eine ganze Anzahl ihrer Mitglieder als Opfer dieses Kampfes, als arbeitslos zu Buchen haben. An den Eisenbahnen liegt es, ob sie es sich gefallen lassen wollen, daß ihre Besten auf der Strecke bleiben. Und wenn sie in dieser dritten Etappe der Lohn- und Gehaltsforderungen mit noch größeren Hoffnungen, wie in die beiden vorhergehenden hineingegangen sind, und nun bitter enttäuscht werden, so mögen sie als Lehre erkennen, daß sie den strategischen Künsten eines Generals Groener, denen zuerst die Organisationsvertreter zum Opfer fielen, niemals unterliegen, wenn sie sich zielklar und Klassenbewußt, Großstadteisenbahner und Land-Eisenbahner, nicht zum Feilschen und Handeln hingeben, sondern an ihrer einmal aufgestellten Forderung ebenso unbedingt festhalten, wie es die Gegenseite tut.

Polales.

Hört! Hört!

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtschaft bestimmenden Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung.

Das rief vor vielen Jahren schon Wilhelm Liebknecht den Arbeitern zu. Es ist heute so wahr wie damals. Koch lesen Laufende unserer Klassengenossen die feindlichen Zeitungen. Sie sind geistig geknechtet und wissen es nicht. Wir müssen um sie ringen. Ihre Knechtschaft lastet auf uns allen.

Breslau. Ein feiner Betriebsrat.

Viele Betriebsräte glauben ihre Pflicht als Betriebsrat ist es, für den Unternehmer den Büttel anzugeben. Auf demselben Standpunkt steht anscheinend der Betriebsrat Neumann vom Güterbahnhof West. Jemand ein Arbeiter hatte eine schlechte Arbeiterzeitung, die sich mit dem verloren gegangenen Eisenbahnerstreik beschäftigte, an die Hand gegeben. Der Betriebsrat, der auch sonst in bezug auf Interessenvertretung der Arbeiterschaft viel zu wünschen übrig läßt, hatte nichts eiligeres zu tun, als das Blatt herunterzureißen. Er beruhigte sich nicht dabei, sondern gab sich noch die größte Mühe, den Täter festzustellen, um ihn der Direktion zu denunzieren. Wahrscheinlich, ein feiner Betriebsrat.

Unmittelbarer Kartoffelanlauf vom Erzeuger.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien macht darauf aufmerksam, daß auf Grund der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln v. 21. 11. 21 (R. G. Bl. Nr. 110, S. 1970) und des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft v. 21. 11. 1921 und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe v. 8. 12. 1921 grundsätzlich jeder einer besonderen Anlaufserlaubnis bedarf, der Kartoffeln in eigener Person unmittelbar beim Erzeuger anzu kaufen will. Die Erlaubnis wird vom Oberpräsidenten für die Provinz Niederschlesien erteilt. Die Anträge sind in der Landratsämter bei den Landräten, in den Stadtkreisen bei der Ortspolizeibehörde einzureichen. Zwischenshandlungen werden gemäß § 12 der Verordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Es wird deshalb ersucht, diese Anträge schnellmöglich zu stellen.

Köpenick. Vom Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“.

Am Sonntag, den 1. Januar 1922 fand in Köpenick im Schützenhaus die Gründung eines weiteren Bezirks 4 des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“, Gau 8, statt. Durch die ungeheure Ausdehnung unseres Bezirks 4, Gau 8, wo in letzter Zeit für die freie Sportgabe vornehmlich gearbeitet worden ist — besonders rühmlich von den Köpenicker Sportgenossen — war längst der Bedarf laut geworden, eine Zeitung des Bezirks in zwei Bezirke vorzunehmen. Leider war der Bezirksleiter des vierten Bezirks, Gau 8, nicht erkrankt und hatte persönlich den Sportgenossen Erich Wolf damit beauftragt, die Konferenz einzuberufen und vorzunehmen. Als Delegierte des Bezirks waren vertreten Lüben, Köpenick, Groß Köpenick, Neuhammer, Seebitz, Rüdenwaldbau, Oberleschen, Birckfeld, Wolfersdorf und Jakobsdorf. Als Bezirksleiter wurde einstimmig Genosse Erich Wolf, Köpenick, gewählt.

als Stellvertreter Sportgenosse S. Williger, Lüben, als Bezirksleiter Sportgenosse Lubrich, Köpenick, als Stellv. Sportgen. Michael Michael, Oberleschen, 1. Schriftführer Sperling in Wengeln, 2. Schriftführer Brenkel, Rüdenwaldbau. Zu Fahrwarten wurden als erster Sportgenosse Schmidt, Köpenick, zweiter Walzer, Oberleschen, dritter Bühlmann, Birckfeld. Punkt 2 der Tagesordnung, Verschiedenes, brachte eine rege Aussprache über Bezirksbeitrag, es wurden freiwillig als Grundstod der Bezirkskasse von den Ortsgruppen Köpenick 200 M., Lüben 150 M., Oberleschen 100 M., Jakobsdorf 60 M., Groß Köpenick 60 M., Rüdenwaldbau 38 M., Seebitz 25 und Neuhammer 21 M., bewilligt. Der künftige Bezirksbeitrag beträgt für alle Ortsgruppen, die dem neuen Bezirk angehören, pro Mitglied für ein Vierteljahr 0,50 M. Folgende Ortsgruppen gehören zum neuen Bezirk: Köpenick, Lüben, Neuhammer, Groß Köpenick, Jakobsdorf, Wolfersdorf, Krampf, Oberleschen-Niederleschen, Birckfeld, Grembsdorf-Greulich, Primmtenau, Genriettenhütte und Trebnitz. Ueber die Festlichkeiten wurde ausführlich debattiert und dies zur genauen Regelung der neuen Bezirksleitung überlassen. Mit dreimaligem Freischauf wurde die Konferenz geschlossen.

Wahl von Magistratsmitgliedern.

Die in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossene Wahl von zwei unbesetzten Magistratsmitgliedern findet Donnerstag, den 12. d. M. abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt; Wahlvorschläge für zwei unbesetzte Magistratsmitglieder und einer entsprechenden Anzahl Ersatzmänner sind bis zum 9. d. M. an den Stadtverordnetenvorsteher einzureichen. Die Wahlvorschläge sind von vier Stadtverordneten zu unterschreiben.

Stad. Dämon Alkohol.

Der Schauplatz eines Verbrechens war das nahe Kengersdorf. Dort fand in dem vom Gastwirt Richter bewirtschafteten Gasthaus „zur schönen Aussicht“ eine Neujahrsparty statt, an welcher sich auch der Schuhmacher Joseph Mandel beteiligte. Dieser geriet beim Tanz in Streitigkeiten. Als er von dem Gastwirt aufgefordert wurde, das Lokal zu verlassen, eilte er nach Hause und holte sich einen scharf geladenen Revolver. Mit diesem kam er in das Gasthaus zurück, trat in die Kuchentür und schob den Gastwirt nieder. Hierauf eilte der Attentäter auf die Straße und schob sich in kurzer Entfernung vom Gasthof eine Kugel durch den Kopf, so daß er auf der Stelle tot zusammenbrach. Richter wurde nach Anlegung von Rotverbänden in das Krankenhaus Scheibe überführt, wo er bedenklich darniederliegt.

Bunzlau. Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Einem tödlichen Unglücksfall erlag der Kesselfeizer Robert Tappert in Strass. Der im 38. Lebensjahre stehende Mann wurde im Maschinenhaus schwer verletzt zwischen den Maschinen liegend aufgefunden, ohne daß festgestellt werden konnte, wie sich der Unglücksfall zugetragen hat. Im hiesigen Krankenhaus starb der Verletzte bald nach seiner Entlieferung.

Versammlungs-Kalender.

- KPD. Breslau. Distrikte 7, 8 und 9. Freitag wichtige Distriktsversammlung. Jeder Genosse bringe seine Frau mit.
- Distrikt 3/13, Freitag, außerordentliche Distriktsversammlung.
- Freitag, den 6. Januar, abends 6 Uhr, im Parteilokal, Ortsleitungsitzung.
- Unterbezirksleitung Breslau. Sonnabend, den 7. Januar, abends 7 Uhr im Parteibüro: Sitzung der Unterbezirksleitung. Briefliche Einladungen erfolgen nicht mehr.
- Montag, den 9. Januar, abends 6 Uhr, im Parteibüro: Wichtige Sitzung des Disziplinarkomitees für Sowjetrußland. Alle Mitglieder haben pünktlich zu erscheinen.
- Dienstag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, im Parteilokal Zusammenkunft der Schuhmacherspartei.
- KPD. Neu-Salzbrunn. Sämtliche Funktionäre nehmen an der Partekonferenz am 8. Januar teil.
- Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Fürstenbrunn“ Generalversammlung. Zu dieser wichtigen Versammlung sollte sich jeder Genosse frei. Kein Mitglied darf fehlen.
- KPD. Waldenburg. Sonnabend, den 7. Januar, Funktionärsitzung. Sonntag, den 8. Januar, Generalversammlung.
- KPD. Breslau. Abweichend vom Versammlungskalender im „Jungprolet“, findet die Fraktionsitzung der Metallarbeiter am Montag, den 9. Januar, im Jugendheim, Meißnerstraße, statt.
- Kriegsgruppe Bunzlau. Mittwoch, den 11. Januar findet im „Deutschen Reich“ unsere Generalversammlung statt. Jeder Genosse muß erscheinen. Genosse P a m a n n spricht. Also Genossen, auf zur Generalversammlung!
- Verantwortl. Redakt.: Erich Schätz; Verleger: Max Schütz; Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Büffel & Kamigell, Köpenick in Breslau.

Schneidhaus
Opernstraße 11, 12, 13
Montag und Freitag 7½ Uhr
Sonntag 10 Uhr
Eckstraße 11

Liedch-Theater
Taglich 7½ Uhr
Das große
Januar-Programm

Altmetalle
Otto, Köpenick

Metall
Riederstraße

Recht
Das erste Buch
des Reichsgerichts
für die Arbeiter
und die Arbeiterinnen
1919

Was klassenbewußte Proletarier lesen müssen!

Karl Liebknecht
Reden und Aufsätze
304 Seiten Preis: Kart. 21.— Mk.
(für Organisationen 15.— Mk.) in Leinen 33.— Mk.

L. Trotzki
Die neue Etappe
Die Weltlage und unsere Aufgaben
107 Seiten Preis: 250 Mk., geb. 6.— Mk.

G. Snowjew
Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale
111 Seiten Preis: 150 Mk., geb. 6.— Mk.

Karl Radek
Der Weg der Kommunistischen Internationale
86 Seiten Preis: 150 Mk., geb. 6.— Mk.

Thesen und Resolutionen des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale
191 Seiten Preis: 250 Mk., geb. 7.— Mk.

M. Tomski
Abhandlungen über d. Gewerkschaftsbewegung in Rußland
64 Seiten Preis: 2.— Mk., geb. 6.— Mk.

Dr. Eugen Pawlowicki
Der Bankrott Deutschlands
189 Seiten Preis: 250 Mk., geb. 6.— Mk.

E. Varga
Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft
64 Seiten Preis: 150 Mk.

Steuerfrage und Steuerpolitik
24 Seiten Preis: 30 Pf.

Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland 1917-1921
74 Seiten Preis: 2.— Mk.

Zu beziehen durch
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11
sowie durch sämtl. Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

KPD. Ortsgruppe Neu-Salzbrunn.

Sonntag, den 15. Januar 1922, im „Fürstenbrunn“

Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnis-Feier der KJ

Programm:

1. Ansprache
2. Eröffnungslied. Brüder zur Sonne, zur Freiheit.
3. Prolog
4. Arbeiter, Bauer und Spartakus (L. Akt)
5. Mehrere Rezitationen.
6. Eine Märznacht (I. Akt)
7. Die Internationale (Schlußlied)

Programm a. 2. — Mk.
Kameradschaft 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.
Der gesamte Überschuss fällt der „Rußland-Hilfe“ und der „Roten Hilfe“ zu. Genossen, Genossinnen, bringt Eure Jugend mit und führt sie der KJ zu.

Genossen!

kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren